

Sehr geehrte Damen und Herren!

Es haben mich einige Mails erreicht, in der Fragen von der Homepage Selbstbestimmt Leben Österreich, an mich weitergeleitet wurden. In manchen Mails waren alle Fragen von der Homepage übernommen, in manchen nur einzelne. Nachdem sich die Fragen decken, habe ich mir erlaubt eine Antwort für alle zu verfassen:

Keine Heime mehr

Alle Menschen haben das Recht so zu leben wie sie es für sich gerne möchten. Dies gilt auch für Menschen mit Behinderungen. In Zukunft wird es daher wichtig sein, an neuen Wohnformen für Menschen mit Behinderung zu arbeiten, da es bestimmt nicht sinnvoll ist, dass z.B. auch junge Menschen mit Behinderung in Pflegeheimen – wo in der Regel ältere pflegebedürftige Menschen gepflegt werden – wohnen. Wie die damit einhergehende Finanzierung zu gewährleisten ist, wird die große Herausforderung werden. Es sollte ein breites Angebot an Wohnformen geben - vor allem auch kleinere Wohneinheiten. Damit einhergehend wird es auch wichtig sein, dass es auch mehr Selbstbestimmung in betreuten Einrichtungen geben soll und dass neue Unterstützungsstrukturen umgesetzt werden. Die Einführung des Pflegefonds, der bis 2014 mit 685 Mio. und für 2015 und 2016 nochmals 650 Mio. Euro zur Verfügung stellt, wird dazu beitragen derartige Angebote zu schaffen, da die Gelder vor allem für innovative Projekte und zur Qualitätssicherung genutzt werden sollen.

persönliches Budget

Wir treten dafür ein, dass alle Menschen ein selbstbestimmtes Leben führen können. Dies gilt insbesondere natürlich auch für Menschen mit Behinderungen. Österreich hat bereits sehr früh ein Modell der Geldleistung für Menschen mit Pflegebedarf eingeführt und war damit sicher Vorreiter. Schon seit 1993 gibt es das Pflegegeld, mit dem sich pflege- oder betreuungsbedürftige Personen die notwendigen Hilfestellungen zukaufen können. Die Sicherung der Leistungen im Pflegebereich – sei es in finanzieller aber auch in personeller Hinsicht - ist sicherlich ein zentrales Thema der nächsten Jahre. Bereits in den letzten Jahren hat Bundesminister Hundstorfer gemeinsam mit ExpertInnen intensiv an der Weiterentwicklung und Sicherung gearbeitet und mit der Schaffung des Pflegefonds konnten die erforderlichen Mittel zum Ausbau von Pflegeleistungen für die nächsten Jahre zur Verfügung gestellt werden.

Natürlich müssen Leistungen des Staates auch immer wieder überprüft werden, um den ureigensten Sinn – die bestmögliche Absicherung der LeistungsempfängerInnen - zu gewährleisten. Dies wird laufend gemacht.

Darüber hinaus ist es der Sozialdemokratie aber besonders wichtig, dass auch Menschen mit Behinderungen am Arbeitsleben teilhaben können, da wir überzeugt sind, dass über den GeldWERT hinaus damit auch SelbstWERT und SelbstBESTÄTIGUNG einhergehen und weil es wichtig ist, dass auch Menschen mit Behinderungen einen adäquaten Arbeitsplatz erhalten, um ein Einkommen zu erzielen, das Selbstbestimmung auch möglich macht. Gerade deswegen gibt es zahlreiche Unterstützungen aus den Mitteln der Arbeitsmarktpolitik. Darüber hinaus müssen wir aber alle gemeinsam noch verstärkt an einer Bewusstseinsveränderung arbeiten, damit auch die Wirtschaft noch verstärkt Menschen mit Behinderungen Jobchancen ermöglicht.

persönliche Assistenz

Für die persönliche Assistenz am Arbeitsplatz gibt es derzeit einheitliche Kriterien auf Bundesebene.

Die Regelungen der persönlichen Assistenz außerhalb der Arbeitswelt obliegen der Kompetenz der Länder und sind derzeit unterschiedlich ausgestaltet.

Zu diesem Themenbereich ist im BMASK deshalb eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die unter Miteinbeziehung der Länder und der Vertreter von Behindertenorganisationen versucht ein Konzept zu erstellen, das eine bundeseinheitliche Regelung der persönlichen Assistenz in allen Lebensbereichen schafft. Ich bin überzeugt dass dies in den nächsten Jahren gelingen MUSS, denn es ist nicht einzusehen, dass Menschen mit Behinderungen in Tirol anders behandelt werden als in Wien – oder in Niederösterreich anders als in Salzburg. Zu einem selbstbestimmten Leben gehört vor allem auch die Sicherheit, überall (zumindest in Österreich) gleich behandelt zu werden. Wir werden und weiter für eine bundesweite Umsetzung der „Persönlichen Assistenz“ einsetzen!

Uns als Partei ist es aber auch wichtig (wie in der ersten Antwort schon betont), die Menschen dabei zu unterstützen, ein frei verfügbares Einkommen erwerben zu können. Aus unserer Sicht ist das nämlich ein bedeutender Schritt in Richtung Eigenständigkeit. Deshalb fordern wir auch mehr Beschäftigungsprojekte als ersten Schritt, dann aber auch zusätzliche Maßnahmen zum ArbeitsplatzEinstieg und zur Sicherung des Arbeitsplatzes für Menschen mit Behinderungen. Darüber hinaus sollte der Staat auch den Schritt in die Selbständigkeit unterstützen und es muss uns gelingen dass die „Wirtschaft“ Menschen mit Behinderungen in ihren Betrieben einstellt.

Um ein selbstbestimmtes Leben zu führen können, das über den Arbeitsplatz hinaus Teilhabe ermöglicht, ist die Ausdehnung der Assistenz am Arbeitsplatz auf alle Lebensbereiche erforderlich.

Bildung für Alle

Im Bereich der Bildung ist es uns erst vor kurzem gelungen die PädagogInnenbildung auf Hochschulniveau für Menschen mit Behinderung zu öffnen. Das heißt, es darf niemand aufgrund seiner Behinderung von einem Lehramtsstudium ausgeschlossen werden. Aber auch die Lehrpläne werden in Zukunft inklusiver gestaltet. Egal worauf sich die angehenden LehrerInnen spezialisieren möchten, im Laufe der Ausbildung erhält jede/r zumindest Grundkompetenzen in inklusiver Pädagogik.

Damit verbunden ist auch die geplante Abschaffung der Sonderschulen. Derzeit auf Projektebene laufen bereits die ersten inklusiven Modellregionen. Hier werden inklusive Schul- und Unterrichtsangebote erprobt, mit dem Ziel diese mehr und mehr auszubauen.

Um eine wirkliche Teilhabe aller an einem inklusiven Unterrichtssystem gewährleisten zu können, wird es aus unserer Sicht auch nötig sein, die Erstellung, Weiterentwicklung und das Zur-Verfügungstellen von barrierefreien Unterrichtsmaterialien zu forcieren.

Wir sind auch davon überzeugt, dass ein inklusives Bildungssystem dazu beitragen wird, die Teilhabe aller in unserer Gesellschaft mehr und mehr als Selbstverständlichkeit zu sehen.

Ich freue mich auf weitere gute Zusammenarbeit im Sinne der Rechte von Menschen mit Behinderungen und verbleibe

mit freundlichen Grüßen

Ulrike Königsberger-Ludwig
Abgeordnete zum Nationalrat
Sprecherin für Menschen mit Behinderung des SPÖ NR-Klubs